

## Untersteller weist Vorwurf der Untätigkeit zurück

Baden-Württembergs Umweltminister reagiert auf die Kritik durch die Bundesumweltministerin beim Thema PFC

Von unserem Redaktionsmitglied  
Michael Rudolphi

**Baden-Baden.** Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) weist die Kritik von Barbara Hendricks (SPD) zurück, das Land habe in der PFC-Problematik nicht den Kontakt mit dem Bund gesucht. Die Bundesumweltministerin hatte sich bei ihrem Besuch der BNN-Redaktion Baden-Baden verwundert gezeigt, dass das Land in diesem Punkt bislang untätig geblieben sei. Die Ministerin hatte in dem Gespräch betont, der Bund stelle sich seiner Verantwortung und sei bereit, mit dem baden-württembergischen Umweltministerium und den Landesbehörden zusammenzuarbeiten.

Untersteller macht in einem Schreiben an Barbara Hendricks, das den BNN

vorliegt, darauf aufmerksam, dass das baden-württembergische Ministerium für Ländlichen Raum (MLR) bereits 2013 kurz nach der Entdeckung der Grundwasser- und Trinkwasserbelastungen mit PFC im Raum Rastatt sich „sehr zeitnah“ an das zum Bundesumweltministerium gehörende Umweltbundesamt gewandt und um eine Einschätzung der PFC-Funde gebeten habe.

Weiter habe das MLR im November 2014 das Bundesumweltministerium und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gebeten, das Bundesinstitut für Risikobewertung zu beauftragen, das Risiko der in pflanzlichen Lebensmitteln und Futtermitteln gefundenen PFC-Verbindungen zu beurteilen. Im Januar 2015 hat das MLR Untersteller zufolge das Bundesumweltministerium ersucht, beim Bundesamt

für Risikobewertung eine Stellungnahme einzuholen, ob sich die für PFC in Trinkwasser empfohlenen Leit- und Orientierungswerte auf Lebensmittel übertragen lassen.

„Die Kernfrage all dieser Schreiben, nämlich zu welchen Gehalten kurzketti-



ge PFC in Lebensmitteln gesundheitlich unbedenklich sind, konnten die zuständigen Bundesbehörden wegen des weltweiten Mangels an geeigneten toxikologischen Studien leider bis heute nicht beantworten“, schreibt Untersteller. Das Land sei daher gezwungen gewesen,

eigene vorläufige Beurteilungswerte für kurzketttige PFC in Lebensmitteln festzulegen.

Nach Angaben des Ministers hat sich die Umweltministerkonferenz im Dezember 2016 und im Mai 2017 auch auf Initiative seines Hauses mit der PFC-Problematik befasst und in ihren Beschlüssen den Bund ausdrücklich in die Verantwortung genommen. Die Konferenz habe den Bund ersucht mitzuwirken, um einheitliche Vorgaben zum Umgang mit PFC-haltigen Materialien zu erarbeiten.

Das Land nehme den Schadensfall mit der großflächigen PFC-Belastung in Mittelbaden sehr ernst. Es gehe um eine Vielzahl von Fragen, die von der Verwertbarkeit erzeugter Produkte, der Nutzbarkeit von Flächen als Bauland oder für den Kiesabbau, der Nutzung

von Grundwasser bis zu einer möglichen Sanierung der betroffenen Flächen reiche. Das baden-württembergische Umweltministerium habe eine „Reihe von Maßnahmen umgesetzt, beziehungsweise angestoßen und wird dies weiterhin mit hoher Priorität betreiben“. Alle diese Bestrebungen zielten darauf ab, langfristige Lösungen zu finden.

Vor diesem Hintergrund sei es ein „fatales Signal“, wenn Bundesumweltministerin Barbara Hendricks behaupte, das Land sei untätig und kümmere sich nicht um die Sorgen seiner Bürgerinnen und Bürger.

„Es darf nicht passieren, dass die verantwortlichen Handelnden und die engagierte Verwaltung diskreditiert werden und leichtfertig das Vertrauen in staatliches Handeln gefährdet wird“, betont Franz Untersteller.